

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

als ich vor kurzem nach den fraktionsinternen Haushaltsberatungen abends nach Hause kam und mir der Kopf vom Lesen im umfangreichen und oft auch wenig transparentem Zahlenwerk brummte, hatte ich zunächst nur einen Wunsch: Entspannen, abschalten.

Zu diesem Zweck habe ich dann paradoxerweise erst einmal angeschaltet, und zwar den Fernseher.

Aber da ging es dann wieder um Probleme, und zwar über die Probleme zu dicker Kinder und ihrem Leiden.

Schnell wurde deutlich, dass der Schlüssel zu einer Änderung des beschwerlichen Umstandes nur in einem radikalen Verzicht auf liebgewordene, aber auch abhängig machende Gewohnheiten liegen konnte. Voraussetzung für einen bleibenden Erfolg war aber der unbedingte Wille, sich nicht mehr in sein Schicksal ergeben zu wollen und ein in einer Kur gelerntes konsequentes Verzichtsprogramm durchzuführen.

Nun wird man einwenden können, dass das mit den dicken Kindern nun überhaupt nichts mit unserem Haushalt zu tun hat.

Hat es auch nicht, wenn man nur die Thematik betrachtet. Hat es aber sehr viel, wenn man sich die Methodik bewusst macht:

Auch wir in Kamen bedürfen dringend einer Kur, brauchen den Verzicht auf liebgewordene, aber auch abhängig machende Gewohnheiten, um den Haushalt zu sanieren; denn bleibenden Erfolg wollen wir doch auch alle haben, ich weise hier auf die von der Mehrheitsfraktion gern und immer wieder zitierte Formel hin, dass man sich "Handlungsspielräume erhalten" möchte. Eigenartigerweise sieht man sie dort durch die verordnete (!) Radikalkur eines Haushaltssicherungskonzeptes gemäß §76 GO gefährdet und fürchtet wohl die angemahnte Ausgabendisziplin.

Wer nun aber den Arzt in Gestalt der Aufsichtsbehörde und seine verordnete Radikalkur oder externen Rat, wie im Vorjahr von uns beantragt, nicht glaubt zu benötigen, der muss eben selber Vorsorge treffen.

Da hilft kein Schönreden und kein mit Achselzucken vorgetragener Verweis auf Nachbarkommunen, denen es finanziell auch nicht besser gehe, weil man sich eben in einer "strukturell unterfinanzierten Region" befinde. Diese Sichtweise gleicht der resignierenden Einstellung "Das ist eben so - und da kann man halt nichts machen." - Das kann und darf doch wohl nicht war sein, denn wer so denkt, hat sich freiwillig selber der Handlungsspielräume beraubt, die er vorgeblich sichern wollte!

Denn was in unserer armen Kommune die Handlungsspielräume einengt, das ist der zu dicke und aufgeblähte Schuldenberg. Vor allem *den* gilt es abzuspecken!

Und das geht nur mit der eingangs erwähnten Kur:

Wir brauchen ein anhaltendes, nachhaltiges Verzichtsprogramm, denn wie die Fettleibigkeit in der Regel vom vielen und falschen Essen kommt, haben wir in der Vergangenheit vieles falsch beschafft und eine Ausgabendisziplin gehabt, die diesen Begriff nicht verdient. Denn kaum glaubte man, die Probleme im Griff zu haben bzw. über Handlungsspielräume zu verfügen, kamen neue Begehrlichkeiten auf, und die folgenden Jahre wurden schlimmer als die früheren.

Was diese Begehrlichkeiten weckte und immer noch weckt, das ist eine bestimmte Art von Politik, die dem Bürger gern etwas geben möchte, damit der sich dann bei kommenden Wahlen als dankbar erweist. Aber der Bürger wird gar nicht erst gefragt, was er denn eigentlich will, er bekommt diese oft in finanzieller Hinsicht folgenschweren Segnungen per Mehrheitsbeschluss diverser Gremien verordnet, und so bekommen die Bürger unserer Stadt auch ein *scheinbar* wohlschmeckendes Fast-Food serviert, das vorgaukelt, man könne hier bei uns alles was man braucht, unbeschwert haben und das zu moderaten Preisen.

Aber gleichermaßen wie für ein Verschlankungsprogramm gilt bei der haushalterischen Ausgabendisziplin, dass man mit kleinen Rationen anfangen muss. Zu sagen, es habe ja doch keinen Zweck, sich auch im Kleinen und somit bei geringfügigen Ausgaben anzustrengen, das ist gleichbedeutend mit einer Bankrotterklärung.

Ein nachhaltiges Verzichtsprogramm könnte in einem freiwilligen Haushaltssicherungskonzept bestehen, das uns auf Dauer das beschert, was vollmundig immer wieder eingeklagt wird: der Erhalt von Handlungsspielräumen, und zwar nicht nur für die nächsten zwei Jahre, sondern auch für die Zeit danach, wo andere Verantwortung tragen.

Denn eines ist klar:

Die größte Fessel oder die bedrängendsten Bedingungen, die uns hier einengen, liegen in der Zins- und Tilgungslast aufgrund früherer Ausgaben.

Und gerade hier setzt unsere Hauptkritik an:

Der vorliegende Haushaltsentwurf ist offensichtlich vom Ergebnis her bestimmt worden - es sollte herauskommen, dass formal alles in Ordnung ist und wir eben nicht in die Haushaltssicherung gezwungen werden. Wenn nun im kommenden Jahr die allgemeine Rücklage um 8,12% verringert werden soll, dafür aber im Folgejahr um „nur“ 4,94% - also exakt um 0,06 % unterhalb des vorgeschriebenen Schwellenwertes und dann wieder mit einer zehnfachen Überschreitung dieses Wertes im Jahre 2011, so ist das - wie gesagt - formal in Ordnung. Wenn man aber den Durchschnitt dieser drei Jahre betrachtet, so ergibt sich mit 6,2% - Punkten eine deutliche Überschreitung des Schwellenwertes (und zwar um exakt 24% bezogen auf die vorgegebenen 5%-Punkte), so dass man durchaus begründet feststellen kann:
Hier wird derart mit den Zahlen getrickst und jongliert, dass der Geist des Gesetzes sich vors Schienbein getreten fühlen muss.

Wenn man sich dazu vor Augen führt, dass im Haushaltsentwurf die sich augenblicklich abzeichnenden und sich zukünftig noch verschärfenden ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen keinen Niederschlag gefunden haben und die Finanzplanung wegen des sich abzeichnenden konjunkturellen Einbruchs auf tönernen Füßen steht, kann man eigentlich nicht mehr von einer zukunftsfähigen Grundlage sprechen.

Aus Sicht der FDP handelt es sich somit nur noch um Rechenkünste, als deren Ergebnis ein Ansteigen der Schuldenlast in nicht mehr beherrschbare Größenordnungen vorhersehbar wird und das die künftigen Handlungsmöglichkeiten quasi einschnürt.

Was sind nun die Alternativen?

Betrachten wir zunächst einmal die Einnahmen-Seite:

Durch Verkäufe städtischen Grundbesitzes könnte die Schuldenlast herabgesetzt werden. Angedachte Einmal-Aktionen, auf denen sich (noch) Sportplätze befinden, bringen da zu wenig. Es muss ständig überprüft werden, wie städtisches Eigentum möglichst gewinnbringend im Sinne des Abbaus von Schuldenlasten eingesetzt werden kann.

Ebenso haben wir auch die Möglichkeit, anfallende Kosten zu minimieren. Da sind uns von der FDP beispielsweise die Erlöse, die von der Stadthallen GmbH erwirtschaftet werden, zu gering.

Unserer Meinung nach liegt das zum Großteil daran, dass sich die Parkplatzsituation im Bereich Rathaus/Stadthalle als absolut unbefriedigend darstellt.

Wer potente Veranstalter in unsere Stadthalle holen will, hat es schwer, hier mit den sonst für unsere Stadt in dieser Hinsicht glänzenden Referenzen aufzuwarten.

Wenn also Ausgaben in diesem Bereich, dann müsste es sich um eine erhebliche Verbesserung der Parkraumsituation in und um das Rathaus handeln.

Der beabsichtigte Aus- und Umbau der Bahnhofstraße mit dem sogenannten „Netzschluss Innerer Ring“ bringt in dieser Hinsicht viel zu wenig bis gar nichts, er bringt zunächst einmal nur eine exorbitanten Verringerung der allgemeinen Rücklage, sodass man den Eindruck gewinnen kann, dass man sich im kommenden Jahr noch schnell „ein Schluck aus der Pulle genehmigen“ möchte, weil ein derart umfangreiches Programm unter den Bedingungen der Haushalts-sicherung möglicherweise nicht mehr umgesetzt werden kann oder darf.

Verzicht tut aber Not - auch der Verzicht auf außergewöhnliche und fest beabsichtigte Ausgaben bei der Umgestaltung Bahnhofsumfeldes - das Parkhaus und Busbahnhof einmal ausgenommen.

Denn wenn die Lage nicht nur kritisch, sondern gar bedrohlich ist - und wer das bezweifelt betreibt Vogel-Strauß-Politik - sollte über den eigenen Schatten zu springen wagen und auch noch so schöne und für viele wünschenswert erscheinende Planungen in Frage stellen und sie bis zu einem Zeitpunkt aufschieben, an dem günstigere Parameter für die Aufstellung des Haushaltes zur Verfügung stehen.

Eine Verbesserung der Haushaltslage erreicht man nämlich nicht, indem man Gas gibt - man kommt dem drohenden Abgrund nur um so schneller entgegen; hupen hilft da auch nichts - da gibt es nur noch eins: Umsteuern.

Und "Umsteuern" bedeutet in diesem Fall:

Machen wir endlich Schluss mit Ausgaben, die im Sinne von und mit einer nachhaltigen Wirkung nichts zu tun haben - und haben wir den Mut, entsprechende Beschlüsse zu revidieren.

Daraus folgt dann als erster Schritt:

Nein zum Haushalt; damit dann als zweitem Schritt auf einer tragfähigen Grundlage neue Planungen, wie etwa ein *freiwilliges* Haushalts-sicherungskonzept, beschlossen werden können.